

Stand: 06.05.2026 03:30:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1783

"Keine staatliche Förderung von Beschneigungsanlagen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1783 vom 06.05.2014
2. Beschluss des Plenums 17/1874 vom 07.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 07.05.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Keine staatliche Förderung von Beschneiungsanlagen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, keine Förderanträge nach der Richtlinie zur Förderung von Seilbahnen und Nebenanlagen in kleinen Skigebieten oder nach Förderprogrammen zur gewerblichen oder öffentlichen Tourismusförderung oder nach Regionalförderprogrammen zu genehmigen, die eine Förderung von Beschneiungsanlagen mit beinhalten.

Begründung:

Der Ausschluss der staatlichen Förderung von Beschneiungsanlagen war über lange Jahre Konsens im Landtag (vgl. Landtagsbeschluss Drs. 12/10345). Diese Übereinkunft wurde leider in den letzten Jahren ausgehebelt. Eine staatliche Förderung von Beschneiungsanlagen konterkariert jedoch die Bemühungen zum Klimaschutz. Fehlende Beschneigung führt auch nicht zu weiteren Fahrten in österreichische Skigebiete, wie die deutlich rückläufigen Wintertourismuszahlen auch in Österreich in diesem Winter aufzeigen.

Der Klimawandel wird dazu führen, dass Winter wie 2013/2014 nicht mehr die Ausnahme sein werden. In niederen Gebieten, wie dem Sudelfeld ist dann auch aufgrund der hohen Temperaturen keine Beschneigung möglich. Letztendlich muss sich der Wintertourismus auf andere Angebote ausrichten, die dem Klimawandel Rechnung tragen. Nur solche Angebote, die dem Klimaschutz Rechnung tragen sind staatlich förderwürdig.

Der Deutsche Alpenverein hat in seinem Grundsatzprogramm beschlossen: „Den weiteren Ausbau der Skigebiete mit Anlagen zur künstlichen Schneeproduktion lehnt der DAV ab. Ergänzende Anlagen sind nur in bereits intensiv erschlossenen Skigebieten und unter Beachtung strenger Umweltauflagen vertretbar und dürfen nicht von der öffentlichen Hand gefördert werden.“



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/1783

Keine staatliche Förderung von Beschneigungsanlagen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Christine Kamm

Abg. Florian von Brunn

Staatsministerin Ilse Aigner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrich Leiner, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine staatliche Förderung von Beschneiungsanlagen! (Drs. 17/1783)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Förderung von Beschneiungsanlagen weiterhin ermöglichen (Drs. 17/1804)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Leiner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, Hohes Haus! Wir sprechen heute über eine klimaschädliche und – das ist uns wichtig – umweltschädliche Förderung, die einen Anreiz zum Bau neuer Schneekanonen in den bayerischen Bergen bildet. Das Sudelfeld ist der aktuelle Anlass für diesen Dringlichkeitsantrag. Unseres Wissens wurde mit den Vorarbeiten bereits begonnen, doch nähere Informationen sowohl über eine abschließende Bewilligung als auch über einen vorzeitigen Baubeginn dieser Maßnahme liegen uns nicht vor. Unsere Fraktion hat Schriftliche und Mündliche Anfragen dazu gestellt – sie sind nicht erschöpfend beantwortet worden. Wir warten morgen noch auf eine weitere Antwort.

Sie dürfen sicher sein, dass wir auch mit unserem neuen Miesbacher Landrat gesprochen haben und er unser Anliegen unterstützt, das wir hier im Landtag einbringen. Im Vorfeld sage ich gleich etwas zum Sudelfeld, bevor ein Keil zwischen die GRÜNEN getrieben wird. Bei dem vorzeitigen Baubeginn wundert uns besonders, dass es möglicherweise noch eine rechtliche Bewertung der Bewilligungen geben muss. Der Baubeginn und die Maßnahmen, die schon ergriffen sind, stellen uns vor vollendete Tatsachen, die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können. Mit dem Bau des

Teiches für die Beschneiungsanlagen und mit weiteren Maßnahmen wurde schon begonnen.

Das Sudelfeld ist ein gutes Beispiel, weil es ein typisches bayerisches Skigebiet darstellt. Es liegt zwischen 800 und 1.563 Metern Höhe. Die Abfahrten auf den Pisten haben eine Länge von lediglich 31 Kilometern. Flächenmäßig ist es das größte Skigebiet in Bayern. Das höchste Skigebiet in Bayern befindet sich, wie Sie alle wissen, auf der Zugspitze in einer Höhenlage zwischen 2.000 und 2.720 Metern. Das Zugspitzski-gebiet wird mit "Top of winter sports" und mit dem Zusatz beworben: Naturschnee das halbe Jahr lang satt. Die durchschnittliche Höhenlage der bayerischen Skigebiete beträgt aber nur ganze 1.325 Meter. 50 % der bayerischen Skigebiete liegen unterhalb von 1.325 Metern. Die Gesamtpistenfläche beläuft sich in Bayern auf 3.700 Hektar. Davon werden schon heute circa 600 Hektar beschneit – das sind 13 %. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das ist mehr als genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dauernd angestellte Vergleich mit Österreich hinkt völlig. Österreich hat wesentlich höher liegende und wesentlich attraktivere Skigebiete und wesentlich bessere meteorologische Voraussetzungen als wir. Die österreichischen Skigebiete haben mehr Niederschläge; sie haben eine niedrigere Temperatur, und sie haben insgesamt wesentlich mehr Pistenflächen. Das gilt übrigens auch für die Skigebiete in der Schweiz und in Frankreich. In der Schweiz werden 19 % beschneit, in Frankreich ebenfalls 19 %. Um noch einmal zum Detail zu kommen: Österreich hat 40 Skigebiete über 2.000 Meter; 12 davon liegen über 3.000 Meter. Immer wieder wird der touristische Vergleich mit Österreich angestellt. Das kann man so nicht stehen lassen. Die Zielgruppen der Skigebiete unterscheiden sich wesentlich. Unsere bayerischen Skigebiete haben als Zielgruppen Familien und Urlauber

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Und Senioren wie mich!)

– und Senioren wie Sie und mich, Herr Ministerpräsident –, die zwar auch zum Zwecke des Skilaufens, aber in erster Linie mit dem Ziel der aktiven Erholung anreisen. Sie lieben die schöne Landschaft, sie wollen Schneeschuhlaufen und im Winter wandern. Weitere Aktivitäten gewinnen erheblich an Bedeutung. Mit diesen haben wir zwar auch Probleme – das will ich gar nicht leugnen –, aber die Zielgruppe ist eine andere. - Wer tatsächlich das Skifahren als Mittelpunkt seiner sportlichen Betätigung ansieht, der macht eher selten in einem der bayerischen Skigebiete Urlaub. Wie viele Berge über 2.200 Meter haben wir denn in Bayern? Drei oder vier, mehr nicht. Wer also zielgerichtet in den Skiurlaub fahren will, weicht ohnehin in andere Gebiete aus. Insoweit befinden wir uns nicht in Konkurrenz zu den österreichischen Skigebieten, auch wenn das häufig anders dargestellt wird.

(Klaus Holetschek (CSU): Und was ist mit dem Allgäu? Wo ist heute das Allgäu-Abzeichen?)

- Ich habe mir schon gedacht, dass Sie an dieser Stelle eingreifen würden. Aber das besprechen wir bitte nachher. Unsere bayerischen Skigebiete haben andere Zielgruppen, auch wenn ich nicht verheimlichen will, dass einige österreichische Skigebiete mit solchen in Bayern konkurrieren.

Ein weiterer Punkt ist – ich komme nun einmal aus dem Allgäu; Herr Holetschek sieht das ganz richtig –, dass unsere bayerischen Skigebiete voll sind. Eine zusätzliche Beschneidung hätte zur Folge, dass mehr Gäste in diese Skigebiete kämen. Die Frage ist: Wollen wir das? Wir wollen doch alle eine höhere Qualität des Tourismus. Wir wollen eine höhere Wertschätzung der Natur in diesen Skigebieten. Wir wollen nicht mehr Anlagen zur Beschneidung.

(Erwin Huber (CSU): Doch!)

– Wir jedenfalls wir nicht.

(Erwin Huber (CSU): Ihr wollt ja gar nichts!)

Ein weiterer Punkt ist der zu erwartende Klimawandel. Ich habe Ihnen die Zahlen zu den Höhenlagen vorhin genannt: 50 % der Skigebiete liegen unter 1.325 Meter. Der Klimawandel wird die Probleme mit dem Skifahren bei uns in den Alpen erheblich verschärfen. Wir werden einfach nicht mehr so viel Skifahren können. Schon heuer gibt es Beispiele dafür, dass trotz Beschneigung in den Kernzeiten kein Skibetrieb möglich ist. Die Kernzeiten der Touristiker sind in der Regel die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr und eventuell noch die Faschingsferien. Zum Super-GAU kommt es in den Skigebieten bei uns im Allgäu, wenn vorher beschneit wird, aber in der Kernzeit des Tourismus kein Schnee mehr vorhanden ist. Das hat sich in diesem Winter gezeigt; dieses Phänomen wird als Folge des Klimawandels deutlich öfter auftreten.

Die Bayerische Staatsregierung wird durch die Subventionierung von Schneekanonen weder die Klimaveränderung aufhalten noch das bayerische Gebirge erhöhen noch die Fläche zum Skifahren vergrößern können. Ich muss sagen: Gott sei Dank! In den bayerischen Seen können wir übrigens auch nicht das ganze Jahr über baden. Darüber hat sich bisher niemand aufgeregt. Ich bin froh über das "bisher"; vielleicht kommt das auch noch. In den Sommermonaten können wir Badeurlaub anbieten. Ist das nicht möglich, gibt es gute Alternativen.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass die Wertschöpfung in den Tourismusgebieten in Bayern in den Sommermonaten wesentlich höher ist als in den Wintermonaten.

Es wird sich die interessante Frage stellen, wie viele Liftbetreiber noch bereit sein werden, falls wir diese Subventionierung streichen, aus eigenen Mitteln oder aus den Mitteln ihrer Gesellschafter in Beschneigung zu investieren. Hier und da gibt es bereits finanzielle Probleme im Zusammenhang mit den Anlagen. Einige Betreiber sind auch gar nicht mehr in der Lage, in Beschneigung zu investieren. Ein Problem wäre es, wenn wir den falschen Anreiz setzten und sie doch investierten, auch wenn wir davon ausgehen können, dass sie später ohne Erfolg bleiben und pleitegehen müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich die Sparkasse Miesbach aus der Finanzierung der Maßnahmen am Sudelfeld zurückgezogen hat. Ich gebe natürlich zu, dass das auch andere Gründe haben kann.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich muss Sie leider unterbrechen. Ich habe Ihnen schon über zwei Minuten zusätzlich gegeben.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ulrich Leiner (GRÜNE): Darf ich meinen letzten Satz noch sagen?

Präsidentin Barbara Stamm: Das dürfen Sie noch.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Ich probiere, ihn lang zu machen. – Wir waren in diesem Hause schon weiter, was den Ausschluss der staatlichen Förderung von Beschneigungsanlagen angeht. Darüber gab es im Bayerischen Landtag jahrelang Konsens; ich verweise auf den Beschluss auf Drucksache 12/10345. Diese Übereinkunft wurde Stück für Stück ausgehebelt. Das widerspricht den bayerischen Umwelt- und Klimazielen ganz wesentlich. Man kann in diesem Fall nicht das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte! Sie dürfen ja noch am Rednerpult verbleiben. Herr Kollege Stöttner hat das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Herr Kollege Leiner, ich habe einige Anmerkungen zu Ihren Ausführungen. Punkt eins: Haben Sie die Makro-Klima-Studie der LMU zum Sudelfeld eigentlich angeschaut? Zum Klimawandel heißt es darin, dass wir dort noch 20 Jahre lang ausreichend kalte Winter haben werden.

Punkt zwei: Sind sie schon einmal von Bayrischzell mit dem 50 Jahre alten Einer-Sessellift hinaufgefahren? Sie sprachen davon, dass wir keine Modernisierung benötigen.

Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass gerade ältere Menschen sichere und vernünftige Bergbahnen brauchen? Ich wiederhole meine Frage: Sind Sie schon einmal mit dem 50 Jahre alten Einer-Sessel gefahren?

Ulrich Leiner (GRÜNE): Ich bin dankbar für die Frage. Ja, ich bin damit schon gefahren. Aber Sie müssen unseren Antrag richtig lesen. Wir konzentrieren uns auf die Neuerschließung und die Neuinstallation von Schneekanonen; auf diesen Punkten gründet unser Antrag. Wir sind nicht gegen die Ertüchtigung und Erneuerung bestehender Anlagen. Allerdings sind wir gegen jegliche neue Beschneigung. Im Allgäu, wo einige Lifte erneuert worden sind, sind wir dabei. - Zu den Klimaprognosen: Es gibt eine große Klimaprognose des Deutschen Alpenvereins – vielleicht ist Ihnen diese auch bekannt –, die sehr viele Ski-Gebiete beurteilt. Wir wissen genau, wie schwierig die Beurteilung der einzelnen Zone ist. Aber es ist unbestritten, dass eine Erwärmung stattfindet. Ich habe leider keine Zeit mehr, den Energieaufwand und sonstige Dinge, die negativ zu Buche schlagen, aufzuführen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Leiner, mich hat es ein bisschen sprachlos gemacht, dass Sie die Realisierung weiterer Beschneiungsanlagen als Bedrohung dargestellt haben. Es würden dann noch mehr Urlauber kommen. Ist der Urlauber eine Bedrohung? Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es um Regionen, Unternehmer und Unternehmungen geht, die in diesem Bereich zu Hause sind und vom Tourismus leben. Der Tourismus ist in manchen Regionen ein richtig wichtiger Wirtschaftszweig, nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die da ihr Brot verdienen. Das ist der Grund dafür, warum wir uns

Gedanken darüber machen müssen, wie wir die Tourismusregionen in ihren Initiativen unterstützen können. Das wollen wir auch in den Winterregionen weiterhin tun.

Ich will eingangs, um es in Erinnerung zu rufen und deutlich zu machen, darauf hinweisen, dass alle diese Maßnahmen nach Wasser- oder Naturschutzrecht genehmigungspflichtig sind. Eingriffe, die wasserwirtschaftlich schädlich sind oder naturschutzfachliche Beschädigungen herbeiführen, die nicht ausgleichbar sind, sind von vorneherein überhaupt nicht zulässig und würden untersagt werden. Es geht also um Unternehmungen und Gewässernutzungen, die naturschutzfachlich und wasserwirtschaftlich bewertet und als genehmigungsfähig befunden werden. Nur in diesem Zusammenhang müssen wir diese Fragen diskutieren.

Auf unternehmerischer Seite geht es um betriebswirtschaftliche Kalkulationen. Lohnt sich das? Lohnt sich das angesichts des bestehenden Klimawandels auch in Mittelgebirgslagen noch? Das hat nicht der Staat in seinen Förderverfahren in erster Linie zu entscheiden. Das tut er auch sonst an keiner Stelle. Es ist nicht Aufgabe des Staates, den Investitionszyklus zu bewerten und darauf hinzuweisen, dass es in 20 Jahren möglicherweise keine Fortsetzung dieses Engagements und dieses Unternehmens mehr geben wird. Das gilt nicht nur für das Sudelfeld. Eine Reihe von weiteren Beispielen könnten benannt werden. Das kann Kollege Stöttner tun, das kann auch ich tun. Dank der staatlichen Förderung gibt es im Bayerischen Wald und in Mittelgebirgslagen eine zusätzliche Perspektive – auch im Wintersport. Selbstverständlich wissen wir, dass der Wertschöpfungsanteil im Tourismus im Wintersport gegenüber dem Sommer kleiner ist. Der Wintersport ist jedoch auch wichtig und darf nicht vernachlässigt werden. Ganz im Gegenteil: Er ist ein wichtiges Element und ein wichtiger Bestandteil der Wertschöpfung in unseren Tourismusgebieten. Ich warne davor, das kleinzureden, die Regionen naturschutzfachlich zu optimieren und weiter kein Leben, kein Arbeiten, kein Existieren und kein Unternehmen mehr zuzulassen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das sagt doch kein Mensch! Es geht allein um die Bezuschussung von Anlagen!)

- Ja, natürlich. Es geht um die Bezuschussung von Anlagen und die Unterstützung, die Wirtschaftsförderung von Unternehmen. In vielen anderen Bereichen sind wir sehr dankbar für solche Unterstützungsleistungen. Das gilt auch dort. Nachdem es per se weder naturschutzfachliche noch wasserwirtschaftlich bedenkliche Eingriffe sein können, wollen wir diese staatliche Förderung erhalten, soweit das möglich ist. Mit unserem Antrag bitten wir die Staatsregierung, sicherzustellen, dass europäische Mittel zur Unterstützung eingesetzt werden können.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich darf für die Förderungen, die wir bisher auch für den Bayerischen Wald immer wieder erhalten haben, namens der Regionen danken. Wir brauchen sie auch. Die Unternehmer, die die Ski-Lifte betreiben und die Saison durch die Beschneiungsanlagen verlängern können, wissen sie auch sehr zu schätzen. Das gilt nicht nur für diese Unternehmen, sondern für alle beteiligten Unternehmen wie das Handwerk, die auch davon leben. Die Unternehmen schätzen die Situation selber ein und wollen dies selbst. Ein Investitionszyklus von 15 bis 20 Jahren wird noch möglich sein, nach allem, was wir prognostisch wissen und hören. Das unternehmerische Risiko trägt sowieso der Investor selbst. Die staatliche Unterstützung tut ein Gutes dazu, dass wir auch in dieser Übergangsphase den Wintersport weiterhin anbieten können. Dafür wollen wir sorgen. Das unterstützen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie einen Moment am Rednerpult. Herr Kollege Leiner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Aus Ihrem Antrag kann ich nur erkennen, dass Sie Angst davor haben, dass die EU-Gelder, die bisherigen Investitionszuschüsse für die Schneekanonen, verloren gehen. Das besagt Ihr Antrag. Demnach soll sich die Bayerische Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Zuschüsse der EU weiterhin erhalten bleiben. Ich darf bemerken: Wir hätten viele andere Ideen, wo die Zuschüsse im Tourismus gebraucht werden könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Der Antrag darf nicht so verstanden werden, dass wir alle Mittel darauf konzentrieren wollen – mitnichten. Es geht uns darum, diese Option zu erhalten. Der Tourismus ist ein weites und spannendes, wenn auch kein ganz einfaches Feld. Dazu zählt auch der Wintertourismus mit seinen alpinen Ausprägungen und den Investitionsnotwendigkeiten, über die wir gerade sprechen, nämlich in die Beschneiungsanlagen, um in Bayern und darüber hinaus im gesamten Alpenbereich wettbewerbsfähig zu bleiben. Deswegen haben wir diesen Antrag an dieser Stelle eingereicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Holetschek das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Leiner, ich muss sagen, ich bin fast fassungslos. Das war eine Rede gegen den Tourismus, gegen das Allgäu und gegen die Regionen, gegen die Arbeitsplätze und gegen den ländlichen Raum.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein!)

Aber das passt zu euch. Gegen etwas zu sein, ist immer einfacher, als für etwas zu sein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Jetzt lassen Sie mich reden. Sie können nachher eine Bemerkung machen. - Der Wintersport macht 40 % des Tourismus aus. Allein im Allgäu sind das Bruttoausgaben in Höhe von über einer Milliarde Euro. 22.000 Menschen hängen im Allgäu am Wintertourismus. Sie wissen genau: Wenn wir den Wintertourismus und die Seilbahnen för-

dern, fördern wir auch den Sommertourismus, weil wir dadurch auch die Teilhabe anderer im Sommer ermöglichen. Deswegen sind diese Programme richtig und wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Leiner, es handelt sich um eine Förderung. Das heißt, es muss ein Investor da sein. Wenn einer investiert, fördert der Freistaat, wenn es aus tourismuspolitischer Sicht sinnvoll ist, die Umweltverträglichkeit gegeben ist und noch andere Faktoren dazu kommen. Das ist eine gute Förderung der Arbeitsplätze und der Tourismusregion. Sie haben gefragt, ob wir noch mehr Gäste wollen. Wenn nicht, dann können wir gleich für Österreich, die Schweiz und Südtirol werben. Wir wollen versuchen, die Menschen in unserem Land mit einem attraktiven Angebot zu halten. Das ermöglichen wir unter anderem durch die Förderung solcher Beschneiungsanlagen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass dies passiert. Das Förderprogramm läuft noch bis zum Jahr 2016. - Selbstverständlich haben wir auch das Klima im Auge. In der Studie des Alpenvereins steht eindeutig, dass die Beschneiungsanlagen nicht verdammt, sondern durchaus als Übergangslösung gewertet werden. Das heißt, für die Periode 2030 bis 2040 wird noch Schneesicherheit mit einer Beschneigung angenommen. Deswegen lohnt es sich, wie der Kollege Muthmann gesagt hat, auch jetzt noch zu investieren, weil der Abschreibungszeitraum für solche Anlagen bei circa 20 Jahren liegt. Deswegen ist es richtig, diesen Schritt noch zu gehen.

Es ist aber genauso konsequent, auf der anderen Seite zu schauen, wie wir den Tourismus noch nachhaltiger ausbauen können. Auch diesbezüglich gibt es Initiativen, und es wird geworben. Wenn ich allein an die Maßnahmen der Bayerischen Tourismus Marketing denke, wo neue Produkte entwickelt werden, um Bayern darzustellen: "Lust auf Natur", "Gesundes Bayern", um nur einige zu nennen, oder auch für die Naturparks, die Biosphärenreservate und vieles andere mehr zu werben. Sie sehen, wir

lassen dieses Thema nicht aus den Augen, aber wir stehen in einem Wettbewerb, und zwar in einem europäischen Wettbewerb. Hierbei müssen wir unsere Stärken zeigen, und wir müssen auf Augenhöhe agieren können. Das können wir nur, wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Diese setzen wir unter anderem durch vernünftige Förderprogramme. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass wir diesen Weg gehen.

Deswegen, Herr Kollege Leiner und Herr Kollege Gehring aus dem Oberallgäu, können wir den Antrag der GRÜNEN nicht unterstützen. Aber das wird Sie jetzt nicht verwundern. Ich hoffe, dass Sie damals im Gemeinderat in Blaichach auch dagegen gekämpft haben, als es um die Lifte in Bolsterlang und in Ofterschwang ging.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, es geht schon um die Lifte. Man kann nicht sagen "Wasch' mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" Man kann sich nicht so durchlavieren; denn man muss hier schon genauso sprechen, wie man vor Ort spricht. Es geht um die Lifte, es geht um die Beschneiungsanlagen,

(Jürgen W. Heike (CSU): Und um Arbeitsplätze!)

und es geht um den Wintertourismus. Deswegen wünsche ich mir eine Allianz der Allgäuer in diesem Hohen Haus, wenn es darum geht, den Wintertourismus in allen Regionen Bayerns zu stärken, selbstverständlich auch am Sudelfeld. Hierzu muss man aber wissen, dass es dort einen Investor geben muss, um eine Förderung auszulösen. Aber das ist ein anderes Thema.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER unterstützen wir, wobei er in der Begründung nicht ganz passt, weil es nicht GRW-Mittel – das sind wohl Mittel der Regionalen Wirtschaftsförderung – sind. Eigentlich müssten es EFRE-Mittel sein. Aber die Begründung beschließen wir ja nicht mit, sondern nur den Text. - Lassen Sie uns Bayern als die Tourismusdestination weiter nach vorn bringen, lassen Sie uns vernünftige Förder-

programme schaffen und viele zufriedene Gäste in unserem wunderschönen Land begrüßen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! Sehr gut!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Holetschek, darf ich Sie noch einmal ans Rednerpult bitten. Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter schwäbischer Kollege, Sie haben hier von Tourismus und Lust auf Natur gesprochen. Ich glaube, vielen Touristen vergeht die Lust auf Natur, wenn sie an Schneekanonen und an Verbauungen vorbeiwandern müssen.

(Zuruf von der CSU: Ach Gott!)

Auch am Riedberger Horn gibt es Skitourengeher, die keine Lifte haben wollen. Es gibt also einen Tourismus jenseits Ihrer Lifte und jenseits Ihrer Schneekanonen, der den Menschen wirklich Spaß macht. Dass Sie diesen jetzt so an den Rand drängen, ist wirklich außerordentlich ärgerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Holetschek, bitte.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Kollegin Kamm, ich spreche heute zu einem Antrag der GRÜNEN. In diesem Antrag geht es darum, dass keine Beschneiungsanlagen mehr gefördert werden sollen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ja, eben!)

Somit muss ich doch darauf eingehen und sagen, was ich davon halte; sonst würde ich am Thema vorbei sprechen. Ich kann Ihnen aber gern noch einmal ausführlich erklären, dass Bayern in seiner Vielfalt und in den Produktentwicklungen im Tourismus noch viel mehr zu bieten hat als nur dieses eine Segment.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wintertourismus und Schnee gehören nun einmal zusammen, auch wenn Sie das möglicherweise nicht wahrhaben wollen. Wir werden trotzdem weiter am nachhaltigen Tourismus arbeiten und uns weiterhin offen für vielfältige innovative Ideen zeigen, die es in diesem Land gibt.

(Zurufe von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Bitte schön, Herr Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben wir über den aktuellen Aufhänger gesprochen: Der Landkreis Miesbach ist der einzige Alpenlandkreis – Sie, Herr Holetschek, haben gerade gesagt, wir hätten so viele andere tolle Angebote –, in dem es keinen einzigen Quadratmeter Naturschutzgebiet gibt. Das möchte ich dazu anmerken.

(Zurufe von der CSU)

Wir lehnen es ab, Symptome der Klimaerwärmung mit Steuergeldern auf Kosten des Klimas zu behandeln. Das lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die gesamte Absurdität sieht man doch sehr gut am Beispiel Garmisch-Partenkirchen. Dort muss das Grundwasser für die Schneekanonen auf der Kandahar-Abfahrt aus dem Tal nach oben gepumpt werden, oben wird es dann in XXL-Kühlschränken gekühlt, weil es für die Schneeerzeugung zu warm ist. Dann müssen aber die Schneekanonen wieder beheizt werden, damit sie nicht einfrieren. Am Schluss haben wir noch den Energiebedarf für die eigentliche Schneeerzeugung. Das Ganze ist doch wirklich absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wir wollen den Tourismus in Bayern fördern, aber einen zukunftsfesten und nachhaltigen Tourismus. Das ist der Unterschied. Wir wollen nicht mit Steuergeldern Sackgassen ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Dass es eine Sackgasse ist, haben uns drei Studien aufgezeigt, die der IHK, der OECD und die schon angesprochene Studie des Alpenvereins. Im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, belegen diese Studien ganz klar: Für die allermeisten Skigebiete in Bayern haben wir vielleicht noch 20 bis 25 Jahre. Dann wird der Anteil der Skigebiete, die aufgrund der Berechnungen im Durchschnitt noch gehalten werden können, drastisch zurückgehen. Das sagt aber gar nichts aus, weil man in der Realität schneesichere, kalte Tage braucht, um überhaupt Schnee erzeugen zu können.

Wie sieht es nun in der Realität aus? Garmisch-Partenkirchen hat in diesem Jahr den FIS-Weltcup absagen müssen, weil man dort trotz massiv ausgebauter Beschneiungsanlagen nicht genug Schnee erzeugen konnte. Das ist doch die Realität, mit der wir konfrontiert sind. Besonders die aktuelle Studie besagt – das haben Sie auch angesprochen –, dass die künstliche Beschneiung in Zukunft zunehmend betriebswirtschaftlich unrentabel sein wird. Die logische Konsequenz ist doch, dass wir einen immer höheren Subventionsbedarf haben, wenn wir Ihrer Logik folgen würden. Deswegen sagen wir: keine Subventionen, keine Steuergelder für solche Maßnahmen, für umstrittene Eingriffe in den Wasserhaushalt, in das Landschaftsbild und in die Natur.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Inzwischen ist der Wasserbedarf für die Schneekanonen in den Alpen pro Jahr so groß wie der Wasserbedarf einer Millionenstadt wie Hamburg oder Berlin. Das ist sehr problematisch. Ich hoffe nur, dass wir keine französischen Verhältnisse anstreben, wo inzwischen alpine Flüsse im Département Savoie in der Wintersaison nur noch 70 % des Wassers führen, das sie eigentlich führen sollten, und wo die Almwirtschaft im

Sommer unter Wasserknappheit leidet. Solche Entwicklungen sollten wir in jedem Fall vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die Perspektiven im Tourismus? Ich habe der Bayerischen Staatsregierung eine Schriftliche Anfrage unter dem Titel "Perspektiven, Schutz und Gefährdung der bayerischen Alpen" gestellt und habe darauf im Februar eine Antwort bekommen. In dieser heißt es unter anderem: "Der nachhaltige klimaschonende Tourismus genießt einen hohen Stellenwert in Bayern."

(Zuruf von der SPD: Sehr schön!)

Im tourismuspolitischen Konzept der Bayerischen Staatsregierung steht wörtlich: "Ökologische Kriterien sind Voraussetzung für die staatliche Förderung von kommunalen und gewerblichen Tourismusprojekten." Wie sieht es in der Realität aus? Das haben Sie gerade gesagt. Sie fördern seit dem Jahr 2009 verstärkt die ökologisch mehr als fragwürdige künstliche Beschneidung.

Bringen Sie Ihre schönen Worte endlich mit Ihren Taten in Einklang. Ich glaube, nur das kann man im Sinne der Menschen machen, die von der Klimaerwärmung betroffen sind, im Sinne der Orte und der Branchen. Geben Sie diesen eine echte Zukunftsperspektive, und Sie rennen damit bei den Urlaubern offene Türen ein. Wenn Sie sich Garmisch-Partenkirchen anschauen – auch das ist schon angeklungen –, dann stellen Sie fest: Wir haben dort doppelt so viele Sommer- wie Wintergäste. Sie machen dabei immer einem großen Fehler, weil Sie Wintersport mit Skisport gleichsetzen. So ist das aber nicht. Inzwischen sind 75 % der Urlauber Wintergäste, die Erholung und Naturerlebnisse wollen, nur noch 25 % sind Wintersportler. Deswegen hat Ihr Ansatz keine Zukunft. - Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu, weil wir wollen, dass Steuergelder sinnvoll und zukunftsfest verwendet werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Aigner um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich, dass wir heute über den Tourismus in Bayern und auch ein Stück weit über den Wintertourismus sprechen dürfen. Ich glaube, ich kenne das Sudelfeld neben Klaus Stöttner und anderen so gut wie sonst niemand hier, weil ich seit fast 50 Jahren, so würde ich es sagen, auf dem Sudelfeld Ski fahre.

Ich habe viele Winter miterlebt – die einen waren besser, die anderen schlechter. Ich kann durchaus bestätigen, dass das Sudelfeld ein Familienparadies ist, besonders für die heimischen Familien, die es sehr genießen, in diesem wunderschönen Gebiet, aber auch in anderen Gebieten der Alpenkette Skifahren zu können. Diese Familien brauchen natürlich auch ein Stück weit Verlässlichkeit in der Frage, ob sie in der Zeit, für die wir nach den vorliegenden Gutachten Prognosen haben, die das durchaus rechtfertigen, auch wirklich noch Ski fahren können.

Ich stelle jetzt schon einmal Einigkeit darin fest, dass man die bestehenden Anlagen ausbauen soll und muss. Denn wenn sie ganzjährig betrieben werden sollen, tut man sich in der Tat beim Schlepplift ein bisschen schwer, wenn man im Sommer hinaufkommen will; denn das funktioniert da nicht. Deshalb sind Seilbahnen, vielleicht neuere Seilbahnen wie die von Bayrischzell auf das Sudelfeld, durchaus sinnvoll. Ältere Seilbahnen sind auf Dauer nicht ganz tragbar für behinderte und für ältere Menschen, die hochkommen wollen.

Ich halte es auch für sinnvoll, dass diejenigen, die bei uns hier leben, auch Sportler, die hier für Wettkämpfe trainieren wollen, die Möglichkeit haben, das auch in heimischen Gebieten zu tun, ohne ins benachbarte Österreich fahren oder weitere Strecken in Kauf nehmen zu müssen. Gerade für Kinder und Jugendliche ist das nämlich auch sehr wichtig.

Der dritte Punkt – das will ich gerade auch an die Adresse der Münchner sagen – ist die wunderbare Verbindung von München nach Bayrischzell mit der Bayerischen Oberlandbahn. Künftig soll es einen Pendelverkehr zu der dann hoffentlich neuen Seilbahn geben. Dann können die Münchener, ohne einen Kilometer mit dem Auto zu fahren, in das Skigebiet kommen. Das gilt auch für andere Skigebiete.

Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich es für sinnvoll, die Seilbahnen in diesem Bereich, wo wir die Möglichkeiten durch die bessere Schneesicherheit noch haben, zu unterstützen. Für die Gemeinden vor Ort ist das ein erhebliches Einkommen, natürlich im Sommer, aber auch im Winter. Es geht nicht nur um diejenigen, die eine Woche oder auch länger Urlaub bei uns machen, was wir sehr begrüßen würden, sondern auch um diejenigen, die einen Tagesausflug machen, die mit ihren Kindern gemeinsam in diesem wunderbaren Gebiet auch nur für drei Stunden zum Skifahren gehen wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Förderung hier für meine Begriffe sehr gerechtfertigt. Dahinter stehen Investoren, die vor Ort verankert sind, darunter auch viele Landwirte. Ich glaube, dass wir durchaus ein weiteres Standbein ihrer Existenz unterstützen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dabei werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1783, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion, die Frak-

tion der FREIEN WÄHLER und drei Stimmen der SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen?
– Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, Drucksache 17/1804. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen aus der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Damit wären wir für heute, was die Dringlichkeitsanträge anbelangt, am Ende. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1784, 1786 bis 1789 und 1805 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekanntgeben, zunächst zu den Anträgen "Beseitigung der kalten Progression". Bei der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1782: mit Ja gestimmt haben 29, mit Nein haben 126 gestimmt, Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Beim Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1802 haben mit Ja 124 gestimmt, mit Nein haben 29 gestimmt, und es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich darf nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung zum Transatlantischen Abkommen bekanntgeben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/1780: Mit Ja haben 125 gestimmt, mit Nein haben 27 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt das Ergebnis des Antrags der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1799: Hier haben 66 mit Ja gestimmt, mit Nein haben 84 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt noch das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1800: Mit Ja haben 62 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Das waren die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen, und jetzt fahren wir in der Tagesordnung fort.